Preußische Gesetzsammlung

Jahrgang 1923

Mr. 38.

Inhalt: Gesetzur Abänderung der Berordnung, betreffend die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand, vom 26. Februar 1919, S. 301. — Gesetz über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetze vom 3. Juni 1922 über die Amwendung der §§ 7 und 25 des Kreis, und Provinzialabgabengesetze in den Rechnungsjahren 1921 und 1922, S. 301. — Gesetz über die Bestellung von Stellvertretern der Landesdirectroren in den Provinzen Nieder, und Oberschlessen, S. 303. — Bekanntmachung über die Genehmigung der Verordnung vom 21. April 1923 über vorläusige Anderungen von Gerichtsbezirken anlästlich der Ausführung des Friedensvertrags, S. 304. — Anordnung des Ministers für Volkswohlsahrt, betreffend Bewilkigung von Mietzuschlägen für unverschuldete Zubusen, S. 304.

(Nr. 12542.) Gesetz zur Abänderung der Verordnung, betreffend die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Anhestand, vom 26. Februar 1919 (Gesetzsamml. S. 33). Vom 4. Juli 1923.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1.

Im § 3 Abs. 1 der Berordnung, betreffend die einstweilige Versehung ber unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand, vom 26. Februar 1919 (Gesetssamml. S. 33) wird hinter die Worte "Gefandten und andere diplomatische Agenten" hinzugefügt:

die Beamten ber Preffestelle beim Staatsministerium.

§ 2.

Das Gefet tritt mit seiner Berkundung in Rraft.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungs. mäßigen Rechte des Staatsrats find gewahrt.

Berlin, ben 4. Juli 1923.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Braun.

v. Richter.

(Rr. 12543.) Gesetz über die Berlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes vom 3. Juni 1922 (Gesetzsfamml. S. 126) über die Anwendung der §§ 7 und 25 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes in den Rechnungsjahren 1921 und 1922. Bom 5. Juli 1923.

Der Landtag hat folgendes Gefetz beschlossen:

Artifel I.

§ 7 des Kreis, und Provinzialabgabengesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 26. August 1921 (Gesetzsamml. S. 495) wird für das Rechnungsjahr 1923 folgendermaßen geändert:

a) im Abf. 2 werben bie Worte "je zur Salfte" gestrichen.

Gefetfammling 1923. (Dr. 12542-12546)

Unsgegeben zu Berlin, den 14. Juli 1923.

51

- b) Abf. 2 Nr. 2 erhält folgende Fassung:
 - 2. das Soll der vom Staate veranlagten Realsteuern einschließlich der Betriebssteuern, wie es in den Gemeinden nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes, nach Gemeindebeschlüssen und Vereindarungen mit den Steuerpslichtigen der Gemeindebeschlüssen jugrundezulegen und in Gutsbezirken gemäß § 13 für die Unterverteilung zu veranlagen ist. Dabei kann im Rechnungsjahre 1923 das Soll der einzelnen Arten der Realsteuern (Grund- und Gebäude-, Gewerbe-, Vetriebssteuern) sowie das Soll der einzelnen Gewerbesteuerklassen in verschiedener Höhe belastet werden. Soweit in Gemeinden eine Steuerart zu den Abgaben nicht herangezogen ist, wird das Steuersoll durch den Kreisausschuß veranlagt.
- c) hinter Abf. 4 wird eingefügt:
 - (5) Für das Rechnungsjahr 1923 können insoweit, als die Veranlagung der Gewerbe- und Vetriedssteuern für das Rechnungsjahr 1922 am 1. Januar 1923 nicht durchgesührt ist, bei der Verteilung nach Abs. 2 Nr. 2 auch spätere, innerhalb des Nechnungsjahrs 1922 vorgenommene Veranlagungen, Nachveranlagungen, Verichtisgungen und sonstige Sollveränderungen (Jus und Abgänger zugrundegelegt werden, ohne Unterschied, ob es sich dabei um Steuern für das lausende Jahr oder aus Vorjahren handelt. Die Verücksichtigung nach Abschluß des Rechnungsjahrs 1922 vorgenommener Veranlagungen und Sollveränderungen bedarf der Genehmigung der Aussichtsbehörde.
 - (6) Nach dem 1. Januar 1923 eingetretene Sollveränderungen, die gemäß Abf. 5 dem Stande des Solls der Gewerbes und Betriebssteuern hinzugerechnet werden, bleiben bei der Verechnung des Solls des Nechnungsjahrs 1923 außer Ansah.
 - (7) Die Kreise können den Fehlbetrag des Nechnungsjahrs 1923 zunächst allein nach dem Soll der vom Staate veranlagten Realsteuern einschließlich der Betriebssteuern (Ubs. 2 Nr. 2) verteilen. Alsdann haben sie jedoch bis zum Ablause des Nechnungsjahrs 1924 eine endgültige Verteilung gemäß Abs. 2 Nr. 1 und 2 unter Berückschtigung des Artikels III dieses Gesehes vorzunehmen. Der Unterschied zwischen dem vorläusig und dem endgültig verteilten Betrag ist auf den Umlagedetrag des Nechnungsjahrs, in dem die endgültige Verteilung des Fehlbetrags aus dem Nechnungsjahre 1923 ersolgt, zu verrechnen.

Artifel II.

- § 25 des Kreis, und Provinzialabgabengesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 26. August 1921 (Gesetzsamml. S. 495) wird für das Nechnungsjahr 1923 folgendermaßen geändert:
- a) im Abs. 2 werden die Worte "je zur Hälfte" gestrichen.
 - b) hinter Abf. 4 wird eingefügt:
- (5) Für das Nechnungsjahr 1923 können insoweit, als die Veranlagung der Gewerde, und Vetriedssteuern für das Nechnungsjahr 1922 am 1. Januar 1923 nicht durchgeführt ist, dei der Verteilung nach Abs. 2 Nr. 2 auch spätere, innerhalb des Nechnungsjahrs 1922 vorgenommene Veranlagungen, Nachveranlagungen, Verichtsgungen und sonstige Sollveränderungen (Zu und Abgänge) zugrundegelegt werden, ohne Unterschied, ob es sich dabei um Steuern sür das lausende Jahr oder aus Vorjahren

bandelt. Die Berücksichtigung nach Abschluß des Rechnungsjahrs 1922 vorgenommener Beranlagungen und Sollveranderungen bedarf der Genehmigung der Auffichtsbehörde.

(6) Nach dem 1. Januar 1923 eingetretene Gollveranderungen, die gemäß Abf. 5 bem Stande des Solls der Gewerbe- und Betriebssteuern bingugerechnet werden, bleiben

bei der Berechnung des Golls des Rechnungsjahrs 1923 außer Anfak.

(7) Die Provinzen können den Fehlbetrag des Rechnungsjahrs 1923 zunächst allein nach bem Goll ber vom Staate veranlagten Realfteuern einschließlich ber Betriebssteuern (216f. 2 Nr. 2) verteilen. Alsbann haben fie jedoch bis gum Ablaufe bes Rechnungs. jahrs 1924 eine endgültige Verteilung gemäß Abs. 2 Nr. 1 und 2 unter Berücksichtigung des Artifels III dieses Gesetzes vorzunehmen. Der Unterschied zwischen dem vorläufig und bem endgültig verteilten Betrag ist auf den Umlagebetrag bes Rechnungs. jahrs, in bem die endgültige Verteilung bes Gehlbetrags aus bem Rechnungsjahre 1923 erfolgt, zu rerrechnen. Artifel III.

Eine endgültige Berteilung der Kreis, und Provinzialfehlbeträge für 1923 hat unter Sugrundelegung bes Realsteuersolls nach bem Stande bom 1. Januar 1924 bis zum Schluffe bes Rechnungsjahrs 1924 zu erfolgen. Der Unterschied zwischen ben vorläufig und ben endgültig verteilten Beträgen ift auf den Umlagebetrag des Rechnungsjahrs, in bem die endgültige Berteilung bes Fehlbetrags aus bem Nechnungsjahre 1923 erfolgt, zu verrechnen.

Artifel IV.

Das Gesetz tritt mit seiner Verlündung in Kraft. Beschlüsse von Kreis, und Provinzial, vertretungen, welche die Berteilung ihrer Jehlbeträge schon vor der Berkundung biefes Gesehes nach ben Borfchriften bes Gesetzes vom 3. Juni 1922 (Gesetzsamml. S. 126) für bas Rechnungs, jahr 1923 vorgenommen haben, bleiben rechtswirksam; indes ift auch in biesen Fällen eine end. gultige Berteilung tes Fehlbetrags gemäß Artifet III vorzunehmen.

Das vorstehende, vom Landtage beschloffene Gefet wird hiermit verfündet. Die versaffungs.

Berlin, ben 5. Juli 1923. Dennes minerell dem auchtreiniell room constitut and the red demand in

maille mach (Siegel:) id gradun

C. 304) ordne ich biernit mit Sustimmung bes Beichsarbeitsminiffers an, de Das Preußische Staatsministerium. Braun. Severing. v. Nichter.

(Rr. 12544.) Gefet über die Bestellung von Stellvertretern der gandesdirektoren in den Provinzen Riederund Oberschlesien. Vom 9. Juli 1923.

Der Candtag hat folgendes Gefet beschlossen:

§ 1.

In ben Provinzen Nieder und Oberschlesien hat der Provinzialausschuß bis zu dem Zeitpunkte, zu welchem sich die Wahl eines Landesdirektors als notwendig erweift, einen Bertreter des Landes. direftors zu bestellen, auf den § 88 Abf. 2 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 (Geset. jamint. S 335) Anwendung findet.

Loubett. Die Benighteigung nach ! Zahluk des Rechnungslehrs I 222 vorgenoumener Das Amt biefes Bertreters endigt, fobald ber Landesbireftor gewählt und ein Bertreter gemäß § 88 der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875 bestellt ift.

Diefes Gefet tritt mit Rudwirfung bis jum 3. September 1922 in Rraft.

Das vorstehende, vom Landtage beschloffene Geset wird hiermit verfündet. Die verfaffungsmäßigen Rechte bes Staatsrats find gewahrt.

Berlin, ben 9. Juli 1923.

Das Preußische Staatsministerium. (Siegel.) Braun. Sebering.

(Mr. 12545.) Bekanntmachung über die Genehmigung ber Berordnung vom 21. April 1923 über vorläufige Anderungen von Gerichtsbezirken anläglich ber Ausführung des Friedensvertrags (Gejetsfamml. G. 122). Bom 28. Juni 1923.

Die auf Grund des Artikels 1 § 1 des Gesetzes vom 19. Juli 1919 über Ermächtigung des Justizministers und des Ministers des Innern zu Maßnahmen anläßlich der Besetzung von Landesteilen und der Ausführung des Friedensvertrags (Gesetzamml. S. 115) erlassene Berordnung vom 21. April 1923 über vorläufige Anderungen von Gerichtsbezirken anläglich der Ausführung des Friedensvertrags (Gesetssamml. S. 122) hat der Preußische Landtag genehmigt.

Berlin, den 28. Juni 1923.

Der Justizminister.

In Bertretung: Frite.

(Ar. 12546.) Anordnung des Minifters für Bolfswohlfahrt, betreffend Bewilligung von Mietzuschlägen für unverschuldete Zubugen. Vom 29. Juni 1923.

Huf Grund des § 53 des Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter vom 1. Juni 1923 (Reichsgesetztl. I S. 364) ordne ich hiermit mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers an, daß

a) ein auf Grund des § 10 der außer Kraft getretenen preußischen Höchstmietenverordnung vom 9. Dezember 1919 (Gefetsfamml. G. 192) bereits bewilligter Bufchlag neben der gefetlichen Miete

des Reichsmietengesetzes weiterzugablen ift,

b) ein noch nicht bewilligter Zuschlag für unverschuldete Zubußen unter den gleichen Boraussetzungen zugebilligt werden fann, wie dies nach den fruberen Borfchriften zuläffig gewesen ware, wenn ein entsprechender Untrag vom Bermieter gestellt wird. Die Zubilligung darf sich jedoch nicht über die vor dem 1. Januar 1922 liegende Zeit erstrecken.

Der Untrag auf Bewilligung des Zuschlags ist nur binnen 2 Monaten nach dem Erlasse dieser Un-

ordnung zuläffig.

Berlin, den 29. Juni 1923.

Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt.

In Bertretung: mand 378 being 388 mongammenologie Scheibt.